

Vorlage Nr.: 2026/0358/1

Eingang: 12.06.2026

Benennung eines Platzes in der Innenstadt-Ost mit "Familie-Reinhardt-Platz"

Änderungsantrag: CDU

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	23.06.2026	22.1	Ö	Entscheidung

Die CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe beantragt:

- 1) Der namenlose Platz an der Kapellenstraße / Ludwig-Erhard-Allee wird als „Brigandeplatz“ benannt.
- 2) Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welcher geeignete Ort im Stadtgebiet oder ein vergleichbarer Platz in der Innenstadt-Ost für eine Benennung als „Familie-Reinhardt-Platz“ in Betracht kommt.

Sachverhalt / Begründung

Das Gedenken an die Familie Reinhardt und an das Schicksal der verfolgten und ermordeten Karlsruher Sinti und Roma ist ein legitimes und wichtiges Anliegen, dem wir uns als CDU-Fraktion ausdrücklich anschließen. Eine würdige Erinnerung an diese Opfergruppe des NS-Regimes im Karlsruher Stadtbild ist überfällig und verdient die Unterstützung des gesamten Gemeinderats. Für uns geht es daher auch nicht um das „ob“, sondern „wo“ der Familie-Reinhardt-Platz entstehen soll.

Diese Frage stellt sich, weil sich der Bürgerverein Altstadt e.V. klar und wiederholt für eine andere Benennung ausgesprochen hat, nämlich als „Brigandeplatz“ – zuletzt im Bürgerheft „die Stadtmitte“ (Oktober 2025). Zuvor hatte die Stadtverwaltung diesen Namen auch in enger Abstimmung mit dem Bürgerverein erarbeitet. Gründe, weswegen diese Platz-Benennung nun obsolet sei, wurden bisher nicht vorgetragen. Vielmehr hat sich der Bürgerverein auch gegen die Benennung als „Familie-Reinhardt-Platz“ ausgesprochen und den Wunsch erneuert, dass hier der „Brigandeplatz“ entstehen soll.

Das Votum der Menschen vor Ort stand damit am Anfang des Verfahrens. Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass dieser geäußerte Bürgerwille zu respektieren ist und es nicht Aufgabe des Gemeinderats sein sollte, den Menschen vor Ort eine andere Idee für ihren Platz aufzuzwingen. Wir befürchten, dass sich eine aufgezwungene Platzbenennung kontraproduktiv auf die Akzeptanz auswirkt und dies wiederum nicht dem Anspruch der sensiblen Thematik – gerade weil es sich um Opfer des NS-Regimes handelt – gerecht wird.

Im Hauptantrag wird betont, dass sich in der Innenstadt nur sehr selten Gelegenheiten ergeben, einen öffentlichen Ort zu benennen. Gerade deshalb sollte die Suche nach einem geeigneten Ort für den Familie-Reinhardt-Platz mit dem nötigen Nachdruck betrieben werden, anstatt auf den erstbesten verfügbaren Platz zurückzugreifen, für den die Zivilgesellschaft bereits andere Pläne und Wünsche geäußert hat.

Unterzeichnet von:

Stadtrat Detlef Hofmann

Stadträtin Dr. Rahsan Dogan

Stadträtin Katrin Schütz